

Berlin, 15.09.2025

## **Stellungnahme von Amaro Foro e.V.**

# **Antiziganismus unter dem Deckmantel von „öffentlichem Interesse“ und Meinungsfreiheit**

### **Ein Hotel in Berlin-Schöneberg als mediale und gesellschaftliche Bühne für Antiziganismus**

Amaro Foro e.V. beobachtet mit großer Sorge die antiziganistische Debatte in den letzten Wochen über wohnungslose EU-Bürger:innen, die in einem Hotel in Berlin-Schöneberg untergebracht sind. Öffentliche Diskussionen, Medienberichte und politische Debatten bedienen nicht nur tief verankerte Vorurteile gegenüber Rom:nja, sondern befeuern gezielt gesellschaftliche Spaltung und rassistische Narrative.

In der Berichterstattung werden journalistische und ethische Standards verletzt, rechte Argumente übernommen und Betroffene zum Ziel öffentlicher Feindbilder gemacht.

### **Anlass der Stellungnahme**

In einem Hotel in Berlin-Schöneberg, das als Unterkunft für wohnungslose Menschen dient, sind derzeit zahlreiche EU-Bürger:innen untergebracht. Anwohner:innen des umliegenden Kiezes beschwerten sich über die Zustände in der Nachbarschaft und wendeten sich an die Verwaltung, Politik und Medien. Letztere griffen diese Beschwerden unkritisch auf und verstärkten dadurch diskriminierende Narrative.

In zahlreichen Berichterstattungen großer Tageszeitungen, sowie auf Social Media Kanälen, unterhalten durch Anwohner:innen, werden die betroffenen Menschen pauschal unter Kriminalitätsverdacht gestellt. Es werden Wohnadresse und Bilder der Bewohner:innen - teilweise minderjährig - ohne deren Zustimmung veröffentlicht und kriminelles Handeln unterstellt. Diese Praxis stellt eine reale Gefahr für die Bewohner:innen dar und wird durch von uns dokumentierte zahlreiche Gewaltdrohungen in Kommentaren in den sozialen Medien bestätigt.

In den öffentlichen Debatten wird auf die seit Jahren bekannten Missstände in der Unterbringungspraxis von wohnungslosen Menschen überhaupt nicht eingegangen. Anstatt auf strukturelle Probleme in diesem Bereich sowie auf rassistische Diskriminierungserfahrungen einzugehen, reproduzieren Medien vielmehr Vermutungen und verbreiten nicht überprüfte Informationen. Durch ihre sensationsgetriebene Berichterstattung und unsaubere Recherche verletzen Journalist:innen massiv ihre Sorgfaltspflicht. Statt Vorurteile zu befeuern, sollten sie gründlich prüfen, Missstände in der Unterbringung offenlegen und Betroffene vor Diskriminierung schützen.

Amaro Foro sieht darin eine massive Gefährdung des gesellschaftlichen Miteinanders und der Sicherheit der Betroffenen. Aus diesem Grund soll diese Stellungnahme die aktuelle Lage einordnen, auf hintergründige strukturelle Problemlagen aufmerksam machen und konkrete Forderungen zur Verbesserung der Situation formulieren.

## **Um wen geht es? – Einordnung der betroffenen Personen**

Bei den Bewohner:innen der Unterkunft handelt es sich um EU-Bürger:innen, die als Arbeitnehmer:innen das Recht haben, sich in Deutschland aufzuhalten und aufstockende Leistungen zu erhalten, wenn die Voraussetzungen nach SGB II erfüllt sind.

Trotz klarer rechtlicher Vorgaben auf nationaler und europäischer Ebene zur Gleichbehandlung von Arbeitnehmer:innen aus einem anderen EU-Land, werden diese Menschen regelmäßig unter den Generalverdacht des „Leistungsmissbrauchs“ gestellt. Oftmals müssen sie auf ausbeuterische Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnsektor zurückgreifen, bleiben dennoch wohnungslos und werden zusätzlich stigmatisiert und für ihre Lebenssituation verurteilt. Diese Debatten finden auffällig oft im Kontext bestimmter Herkunftsländer statt, die in der öffentlichen Kommunikation als Chiffre für „Rom:nja“ gelten - ein bekanntes antiziganistisches Narrativ.

## **Die Situation vor Ort**

Viele der betroffenen Personen finden aufgrund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt, gepaart mit rassistischer Diskriminierung, keinen Zugang zu eigenem Wohnraum. Die Unterbringung in Hotels erfolgt über die zuständigen Sozialämter, um Obdachlosigkeit zu verhindern - eine gesetzliche Pflicht des Staates, dessen Unterkünfte überfüllt sind und der deshalb auf Angebote aus der privaten Wirtschaft ausweichen muss. Insbesondere diese Unterkünfte sind jedoch häufig unzureichend ausgestattet und nicht für langfristiges Wohnen geeignet: Familien teilen sich ein Zimmer, Kinder leben in beengten Verhältnissen ohne kindgerechte Infrastruktur. Auch die Verhältnisse in dem konkreten Hotel zeigen dies deutlich. Das Hotel ist nicht auf dauerhafte Bewohnung ausgelegt, während die Betreiberin durch die Unterbringung erhebliche finanzielle Gewinne erzielt.

Aufgrund der beengten Wohnverhältnisse halten sich viele Menschen, vor allem im Sommer, tagsüber im öffentlichen Raum auf, was zu Irritationen in der Nachbarschaft führt. Diese wiederum äußert sich in rassistischen Zuschreibungen, unangemessenen Videoaufnahmen, Provokationen und Unterstellungen. Zahlreiche Beschwerden wurden an den Bezirk und an die Politik herangetragen, wobei es zu einem regelrechten Zusammenschluss von Anwohner:innen kam. Dieser Zusammenschluss betreibt inzwischen sogar ein eigenes Social-Media-Profil, auf dem u. a. provozierend gefilmte und rechtlich fragwürdige Aufnahmen von Bewohner:innen online gestellt werden. Solche Praktiken verstärken nicht nur die Stigmatisierung, sondern setzen die Betroffenen auch öffentlicher Bloßstellung und Gefährdung aus.

Die Reaktion auf diese Übergriffe – auch wenn sie verbal oder emotional erfolgt – wird dann als „Aggressivität“ ausgelegt und weiter rassistisch aufgeladen. Der öffentliche Raum wird somit zur Bühne für Konflikte, die auf Ausgrenzung und Othering beruhen. Die populistische Rhetorik aus der Nachbarschaft ist ein bekanntes Instrument für Vertreibungsstrategien, die eine historische Tradition und jahrelange Kontinuität haben.

## **Medienberichterstattung und ihre Rolle**

Die Medienberichterstattung hat eine zentrale Rolle bei der Eskalation der Situation gespielt. Artikel wie jener im Tagesspiegel vom 5. August 2025 („Die ersten wählen deswegen AfD“)<sup>1</sup> greifen unbelegte Aussagen auf, stellen einseitig Beschwerden dar und geben rassistische

Zuschreibungen unkommentiert wieder. Ähnliche Muster finden sich auch in anderen Berichten, etwa in der BZ<sup>2</sup> sowie in der Welt<sup>345</sup>, die mit Schlagzeilen über angebliche Gewalt, Diebstahl oder Polizeieinsätze ebenfalls stereotype Bilder reproduzieren.

In mehreren Beiträgen wurde zudem die ethnische Zugehörigkeit der Betroffenen genannt – ohne ersichtliches öffentliches Interesse, was laut Pressekodex (Richtlinie 12.1) unzulässig ist: *„Die Zugehörigkeit soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“*

Zudem wurden Bild- und Videoaufnahmen verwendet, die ohne Einwilligung entstanden sind, teils auch von besonders schutzbedürftigen Personen wie Minderjährigen, was gegen die Richtlinie 4.2 verstößt.

Hinzu kommt, dass in der medialen Berichterstattung falsche Informationen über die Nationalität der Bewohner:innen verbreitet wurden - ein Beispiel dafür, wie durch pauschale Zuschreibungen irreführende Bilder entstehen. Während in der Berichterstattung durchgehend über „Bulgaren und Rumänen“ gesprochen wird, sind im Hotel tatsächlich keine bulgarischen Staatsbürger:innen untergebracht. Dieser Umgang zeigt erneut exemplarisch die unsaubere Recherche und fehlende Überprüfung zentraler Fakten.

Amaro Foro hat mehrere beteiligte Redaktionen direkt auf diese Ungenauigkeiten und irreführenden Darstellungen hingewiesen, teilweise warten wir bis heute vergeblich auf eine Antwort.

Des Weiteren übernimmt die Berichterstattung Polizeiangaben ohne diese auszuführen. Während der Polizeigewerkschaftssprecher von „zwei bis drei Einsätzen täglich“<sup>4</sup> spricht, nennt der Tagesspiegel-Autor in seinem Bericht 102 Einsätze in einem Jahr, erläutert diese Zahlen jedoch nicht, wie z. B. wie viele davon strafrechtlich relevant sein sollen. Die offizielle Polizeistatistik, die auch Amaro Foro vorliegt, zeigt allerdings nicht eindeutig, wie viele dieser Einsätze einen direkten Zusammenhang mit Hotel-Bewohner:innen haben bzw. ob es sich dabei auch möglicherweise um Polizeischutz für sie selbst handelt. Besonders kritisch finden wir, dass ein Berliner Politiker und Abgeordneter öffentlich die Bedeutung von Antiziganismus und die Realität der Betroffenen relativiert und anzweifelt<sup>5</sup>, obwohl die Meldungen unserer Dokumentationsstelle DOSTA/MIA Berlin eindeutig den Zuwachs an antiziganistischen Vorfällen von Jahr zu Jahr belegen.

Diese Verzerrung öffnet Raum für Spekulationen und Kriminalisierung. Besonders problematisch: Rechte Plattformen griffen den Tagesspiegel-Artikel auf, übernahmen ihn vollständig, ersetzten das Wort „Roma“ mit der rassistischen Fremdbezeichnung und verbreiteten ihn weiter. Damit wird klar, dass die journalistische Entscheidung, die ethnische Zugehörigkeit zu nennen, als Brandbeschleuniger rassistischer Propaganda wirkt. Im Angesicht der historischen Verantwortung gegenüber Sinti:zze und Rom:nja als größte Minderheit Europas haben deutsche Medien hier eine besondere Pflicht.

## **Politische Instrumentalisierung**

Die Debatte wurde sofort von politischen Akteuren aufgegriffen, die rassistische Einstellungen bedienen. Die Medienberichte dienen dabei als Legitimation, um migrationsfeindliche Forderungen aufzustellen. Vor dem Hintergrund der geplanten SGB-II-Reformen auf Bundesebene und der bevorstehenden Wahlen in Berlin erhalten populistische Forderungen erneut Auftrieb. Wieder einmal wird ein antiziganistischer Diskurs bedient, der Menschen nicht als Bürger:innen mit Rechten, sondern als „Problemgruppe“ darstellt – ein Rückfall in die Stimmungslage der frühen 2010er-Jahre. In diesem Kontext werden Rom:nja als Sündenbock für den Anstieg der AfD-Wähler:innen dargestellt, obwohl Wahlergebnisse von vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren abhängen und mit Sicherheit nicht rückzuführen sind auf Menschen, die durch staatliches Versagen und diskriminierende Praktiken in Problemlagen geraten. Solche vereinfachenden Narrative bedienen ausschließlich antiziganistische Vorurteile.

## **Strukturelle Probleme in der Unterbringungspolitik**

Die aktuelle Situation rund um das Hotel verdeutlicht, dass es sich nicht um ein isoliertes Problem handelt, sondern um ein Symptom grundlegender Defizite der Berliner Unterbringungspolitik in Bezug auf Wohnungslosigkeit, insbesondere die unzureichenden Unterbringungsmöglichkeiten für Familien mit Kindern. Die gesamtstädtische Wohnungslosenstrategie schafft es nicht, die Umsetzung einheitlicher und bedarfsgerechter Standards zu gewährleisten.

Hinzu kommt ein gravierender Mangel an sozialen Diensten, psychosozialer Betreuung und spezifischen Schutzkonzepten für Kinder in solchen Einrichtungen. Aktuellen Statistiken<sup>6</sup> zufolge sind ein Drittel der untergebrachten Menschen Kinder und Jugendliche. Trotzdem ist Kinderschutz bei der Zulassung von Unterkünften offenbar kein Kriterium. Darüber hinaus existieren kaum funktionierende Übergangsstrategien, die den Weg aus der Wohnungslosigkeit hinein in stabile Wohnverhältnisse ermöglichen würden. Die Verantwortung für die Wohnungssuche bleibt den Betroffenen überlassen, obwohl nachweislich strukturelle Barrieren bestehen. Das führt zu einer übermäßigen Verweildauer in Unterkünften, blockiert Plätze und verhindert Teilhabe. Dies stellt eine strukturelle Diskriminierung dar, die Amaro Foro seit Jahren systematisch dokumentiert.

Die aktuelle Praxis schafft nicht nur unwürdige Lebensbedingungen, sondern verstärkt Segregation.

## **Forderungen**

Die Lage in Berlin-Schöneberg ist ein eklatanter Beleg dafür, wie tief Antiziganismus in unserer Gesellschaft, in den Medien und in der Politik verankert ist. Betroffene werden systematisch stigmatisiert, kriminalisiert und ihrer Rechte beraubt, während journalistische Sorgfaltspflichten verletzt und strukturelle Missstände ignoriert werden. Unter dem Deckmantel von „öffentlichem Interesse“ wird Diskriminierung normalisiert, Vorurteile befeuert und die Sicherheit der Menschen aufs Spiel gesetzt. Angesichts dieser erschreckenden Versäumnisse fordert Amaro Foro e.V. deshalb unverzüglich konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

- Konfliktintervention und Mediation vor Ort, verbunden mit Sensibilisierung der Nachbarschaft gegen antiziganistische Haltungen.
- Sofortige Ausstattung des betroffenen Hotels mit notwendiger Infrastruktur, einschließlich kindgerechter Räume und Sozialarbeit. Ein Belegungsstopp oder Schließung lösen das Problem nicht auf Grund fehlender Kapazitäten im Unterbringungssystem und bereits vorhandener sozialer Anbindung der Bewohner:innen.
- Verschärfte Anforderungen an private Anbieter von Wohnungslosenunterkünften, insbesondere im Bereich Kinderschutz, Infrastruktur und Betreuung.
- Anpassung der Standards: Ein Zimmer pro Haushalt ist kein Standard, regelmäßige Kontrollen, gesamtstädtische Steuerung.
- Stigmatisierungsfreie Medienberichterstattung und vertiefte Auseinandersetzung mit dem Fall durch den Presserat – einschließlich offizieller Entschuldigung der betreffenden Redaktionen für die antiziganistischen Berichte.
- Unterlassung politischer Instrumentalisierung – populistische Debatten führen zu Spaltung, nicht zu Lösungen. Diskussionen müssen auf Fakten beruhen, nicht auf Vorurteilen.

Die Situation rund um die Unterkunft in Berlin-Schöneberg zeigt auf erschreckende Weise, wie tief Antiziganismus in Gesellschaft, Medien, Verwaltung und Politik verankert ist und wie schnell dieser in reale Gewalt gegen eine Minderheit münden kann. Es ist ein Skandal, dass unter dem Deckmantel von „öffentlichem Interesse“ oder vermeintlicher Meinungsfreiheit Menschenrechte systematisch in Frage gestellt werden.

Amaro Foro fordert Medienschaffende ausdrücklich dazu auf, Verantwortung für ihre Berichterstattung zu übernehmen, sich für Fehler und Verzerrungen zu entschuldigen und eine tiefgehende Selbstreflexion vorzunehmen, um Antiziganismus in Zukunft nicht weiter zu verbreiten. Wir fordern eine sofortige Kehrtwende in der Berichterstattung, der Unterbringungspraxis und dem politischen Umgang mit diesem Thema. Jede Verzögerung verschärft soziale Ungerechtigkeit und gefährdet Betroffene weiter.

Pressekontakt: Geena Birkenmeier – [presse@amaroforo.de](mailto:presse@amaroforo.de)

-----

Amaro Foro e. V. ist eine transkulturelle Jugendselbstorganisation von Rom:nja und Nicht-Rom:nja. Gemeinsam engagieren wir uns gegen Antiziganismus und für Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Wir bieten praktische Unterstützung im sozialen Bereich an, dokumentieren systematisch antiziganistisch motivierte Vorfälle in Berlin und sensibilisieren in der Bildungsarbeit sowie in der politischen Debatte zum Thema Antiziganismus. „Amaro Foro“ ist Romanes und bedeutet „Unsere Stadt.“

## Fußnoten

1. Julius Geiler: „Die ersten wählen deswegen AfD“ – Eine Roma-Unterkunft im Schöneberger Regenbogenkiez lässt Nachbarn verzweifeln, in: Der Tagesspiegel, 5.8.2025. URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/die-ersten-wahlen-deswegen-afd-eine-roma-unterkunft-im-schoeneberger-regenbogenkiez-lasst-nachbarn-verzweifeln-14115782.html>
2. Gunnar Schupelius: Kolumne: Mein Ärger über das Roma-Hotel, in: BZ, 2.8.2025. URL: <https://www.bz-berlin.de/meinung/kolumne/kolumne-mein-aerger/hotel-3>
3. Redaktion Panorama: Polizei fast täglich vor Ort: Lärm, Gewalt, Müll – Ärger um Roma-Unterkunft in Berlin, in: Welt, 3.8.2025. URL: <https://www.welt.de/vermischtes/video68996de1204e050eae235d4a/polizei-fast-taeglich-vor-ort-laerm-gewalt-muell-aerger-um-roma-unterkunft-in-berlin.html>
4. Redaktion Berlin-Schöneberg: „Da werden Leute bewusst klauen geschickt“ – Polizeigewerkschaft beklagt Zustände in Roma-Unterkunft, in: Welt, 4.8.2025. URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article6899a9e5a557b470b23bda11/berlin-schoeneberg-da-werden-leute-bewusst-klauen-geschickt-polizeigewerkschaft-beklagt-zustaende-in-roma-unterkunft.html>
5. Redaktion Panorama: Ärger um Roma-Unterkunft in Berlin – „Das ist ja völlig inakzeptabel“, in: Welt, 11.8.2025. URL: <https://www.welt.de/vermischtes/video6899b9616f6e021a8512f314/laerm-gewalt-muell-aerger-um-roma-unterkunft-in-berlin-das-ist-ja-voellig-inakzeptabel.html>
6. Statistisches Bundesamt (Destatis). (2025). Untergebrachte wohnungslose Personen: Bundesländer, Stichtag, Nationalität, Geschlecht, Altersgruppen (Tabelle 22971-0050; verfügbarer Zeitraum: 31.01.2022 – 31.01.2025). GENESIS-Online-Portal. URL: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/22971/table/22971-0050>